

NIEDERSCHRIFT

zur Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Soziales
 Sitzung-Nr: 1/XVI. WP
 Sitzungstermin: am Dienstag, dem 16. Januar 2007 von 18:05 Uhr bis 20:25 Uhr
 Sitzungsort: Aula der Wilhelm-Stedler-Schule, Kirchstr. 1

ANWESEND SIND:			
Mitglieder CDU-Fraktion			
1	Ratsherr	Glaubitz	
2	1. stellv. Bürgermeister	Dr. Matthiesen MdL	ab TOP 2
3	Ratsherr	Remmers	
4	Ratsherr	Schadow	
5	Ratsherr	Zieseniß, Roland	
Mitglieder SPD-Fraktion			
6	Ratsherr	Dr. Härdrich	
7	Ratsherr	Messing	
8	Ratsherr	Riemer	
9	Ratsherr	Schaper	
Mitglieder FDP-Fraktion			
10	Ratsfrau	Schasse	
Mitglieder Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN			
11	Ratsfrau	Richter	
Beratende nichtstimmberechtigte Mitglieder			
12	Abgeordnete	Böger	
13	Herr	Bösebeck	
14	Stadtbrandmeister	Engelke, Frank-Dieter	
15	Behindertenbeauftragter	Frerichs	
16	Herr	Günzl	
17	Frau	Karges	
18	Frau	Kaya	
19	Stadtverbandsvors. Sozialverband	Meier	
es fehlten entschuldigt			
20	Herr	Schüddekopf	
von der Verwaltung			
21	Verwaltungsangestellter	Jülke, Edgar	
22	Fachdienstleiter	Jülke, Peter	
23	Fachbereichsleiter	Rußmann	
24	Bürgermeister	Zieseniß, Walter	
als Gäste			
25	Herr	Wegwerth - Diakonie-Sozialstation Barsinghausen-Ronenberg -	

TAGESORDNUNG:

Öffentliche Sitzung

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung des öffentlichen und nichtöffentlichen Teils
2. Verpflichtung der zugewählten (beratenden) Ausschussmitglieder
3. Einwohnerfragestunde
4. Haushalt 2007
 - den Ausschuss betreffende Seiten (Ordnungswesen, Feuerwehr, Soziales) sind für die zugewählten Mitglieder beigefügt -
 - siehe Übersicht über Ausgaben des Feuerwehr-Teilbudgets II Unterhaltung/Anlage 1 -
5. Zuschussanträge 2007
 - siehe anliegende Übersicht/Anlage 2 -
6. Einrichtung einer Migrationsberatungsstelle der Arbeiterwohlfahrt Region Hannover e.V. (AWO) in Barsinghausen durch die Region Hannover; Gewährung eines Zuschusses in Höhe von 6.000,00 EUR
 - siehe Anlage 3 -
7. Integrationslotsen-Projekt/"Runder Tisch Integration"
 - Sachstandsbericht -
8. Videoüberwachung Bahnhofsvorplatz
 - Sachstandsbericht -
9. Zukunft der Feuerwehr-Budgetierung
 - Sachstandsbericht -
10. Berichte
 - a) der Behindertenbeauftragten
 - b) des Stadtbrandmeisters
11. Mitteilungen der Verwaltung
12. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

Nichtöffentliche Sitzung:

Vor Beginn der Sitzung werden den anwesenden Ausschussmitgliedern folgende Unterlagen ausgehändigt:

- Brandschutzplan (2. Fortschreibung 2003)
- Budgetbuch (Fassung: 2004) einschließlich Informationsvorlage vom 19.02.2004 (XV/512)
- Übersicht Feuerwehr-Jahreshauptversammlungen, Jubiläen etc. im Jahr 2007
- Übersicht besondere Ereignisse im Feuerwehrbereich im Jahr 2006.

Öffentliche Sitzung

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung des öffentlichen und nichtöffentlichen Teils

Der Ausschussvorsitzende, Herr Messing, eröffnet den öffentlichen Teil der Sitzung um 18.05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit sowie die Tagesordnung fest.

2. Verpflichtung der zugewählten (beratenden) Ausschussmitglieder

Bürgermeister Zieseniß verpflichtet gem. § 28 Niedersächsische Gemeindeordnung per Handschlag die zugewählten Ausschussmitglieder Norma Jean Böger, Dieter Bösebeck, Frank-Dieter Engelke, Birk Frerichs, Florian Günzl, Gudrun Karges, Hasbiye Kaya, Brigitte Meier und weist insbesondere auf Amtsverschwiegenheit, Mitwirkungsverbot und Treuepflicht hin. Eine schriftliche Ausfertigung der erwähnten Pflichten wird den Genannten übergeben.

3. Einwohnerfragestunde

- 3.1 Es wird angefragt, ob die Ausschuss- bzw. Ratsmitglieder Abfall-Sammelaktionen (Weihnachtsbäume, Altpapier) der Ortsjugendfeuerwehren unterstützen würden. Die Ausschussmitglieder Engelke, Schaper und Zieseniß unterstützen durch Wortbeiträge derartige Sammelaktionen.
- 3.2 Es wird angefragt, ob Ausschussmitgliedern Entlassungsaktionen von Pflegepersonal in den Alten- und Pflegeheimen Ende des Jahres 2006 bekannt seien und ob seitens der Stadt Barsinghausen darauf reagiert werde .
Bürgermeister Zieseniß weist auf einen teilweise nur begrenzten Einfluss der Stadt Barsinghausen hin.
- 3.3 Es wird nach der Höhe von Beerdigungskosten für die Stadt Barsinghausen in den Fällen gefragt, wo keine Angehörigen vorhanden seien bzw. ihnen keine ausreichenden finanziellen Mittel zur Verfügung stünden.
Herr Rüßmann antwortet, dass in diesen Fällen der Stadt Barsinghausen Kosten von ca. 1.000,00 € entstehen (kostengünstigere Feuerbestattung). In 2005 sei kein Fall eingetreten, in 2006 seien es drei Fälle gewesen.

4. Haushalt 2007

- den Ausschuss betreffende Seiten (Ordnungswesen, Feuerwehr, Soziales) sind für die zugewählten Mitglieder beigelegt -

- siehe Übersicht über Ausgaben des Feuerwehr-Teilbudgets II Unterhaltung/Anlage 1 -

Herr Rüßmann weist zunächst auf die dem Ausschuss übersandten Haushaltsunterlagen (Haushaltsplan bzw. Auszüge aus dem Haushaltsplan) hin. Die seitdem entstandenen Veränderungen werden voraussichtlich in der kommenden Woche den Ausschussmitgliedern in Form einer Veränderungsliste übersandt. Es seien folgende Veränderungen:

- Integrationsberatung der Arbeiterwohlfahrt:	+	6.000,00 €
- Schuldnerberatung:	+	2.000,00 €
- Bestattungen:	+	2.400,00 €
- Budget Freiwillige Feuerwehr (Fahrzeugunterhaltung):	+	11.700,00 €

Herr Roland Zieseniß fragt nach dem Grund der Mehrkosten in der Haushaltsstelle Kfz-Versicherungen des Unterabschnittes 13000 (Seite 89).

Herr Rüßmann antwortet, dass die Mehrkosten durch höhere Beiträge und evtl. Erhöhung der Versicherungssteuer entstanden sein könnten. Eine Klärung werde zugesagt.

Herr Matthiesen fragt nach dem Grund der Absenkung von 5.600,00 € auf 3.600,00 € gegenüber 2006 in der Haushaltsstelle Schuldnerberatung des Unterabschnittes 49810 (Seite 201).

Herr Rüßmann gibt hierzu umfangreiche Ausführungen und weist darauf hin, dass es Aufgabe der Region Hannover sei, Schuldnerberatung sicherzustellen. Er betont abschließend die Notwendigkeit der Einrichtung der Schuldnerberatung und schlägt zur Sicherstellung der Finanzierung dieser Einrichtung vor, den in der Veränderungsliste aufgeführten Betrag von zusätzlich 2.000,00 € im Haushaltsplan mit folgendem Sperrvermerk zu versehen: „Auszahlung nur dann, wenn die Region Hannover auch ihren Verpflichtungen nachkommt“.

Herr Matthiesen fragt an, ob es geschehen könne, dass durch den geschilderten Regelungsverzug der Region Hannover Mitarbeitern der Schuldnerberatung gekündigt werde.

Herr Rüßmann antwortet, dass er davon nicht ausgehe. Er werde diesbezüglich mit dem Diakonischen Werk (Träger) Gespräche führen.

Herr Engelke nimmt Bezug auf die Haushaltsstelle Erstattungen an die Gebäudewirtschaft des Unterabschnittes 13000 (Seite 90) und betont, dass der aufgeführte Ansatz von 157.800,00 € nach seiner Ansicht jeglicher Grundlage entbehre.

Bürgermeister Zieseniß teilt hierzu mit, dass die Gebäudewirtschaft eine Bilanzierung aller Gebäude erstellt habe, die auch die Unterhaltung der baulichen Substanz beinhalte. Eine Folge der Bilanzierung sei, Kostenverursacher sichtbar zu machen. Die hierzu erstellten Unterlagen können dem Stadtbrandmeister zur Verfügung gestellt werden.

Herr Peter Jülke ergänzt, dass verabredet sei, zusammen mit der Gebäudewirtschaft, der Verwaltung und der Freiwilligen Feuerwehr in den nächsten 1 bis 2 Jahren eine Prüfung der bilanzierten Kosten je Ortsfeuerwehr vorzunehmen.

Herr Engelke nimmt Bezug auf die Anlage 1 der Einladung und erläutert die Gründe für den Mehrbedarf in der Unterhaltungshaushaltsstelle Fahrzeuge. Sie lägen in den höheren Betriebsstoffkosten, in Reparaturaufwendungen aufgrund des Alters der Fahrzeuge und notwendiger Ersatzbeschaffungen von Reifen. Seitens der CDU/FDP-Gruppe erklärt Herr Roland Zieseniß, dass er der Erhöhung positiv gegenüberstehe. Seitens der SPD-Fraktion erklärt Herr Schaper, dass er der Erhöhung ebenfalls positiv gegenüberstehe, er allerdings auf die anstehenden Haushaltsplanberatungen seiner Fraktion verweise.

Bezug nehmend auf die Unterhaltungshaushaltsstelle Funkgeräte fragt Herr Glaubitz an, aus welchem Grund ein so ein hoher Ansatz gewählt worden sei.

Herr Peter Jülke antwortet, dass die Ausstattung der Haushaltsstellen im Feuerwehrbudget im Jahr 2000 bis auf Weiteres festgelegt worden seien; gewählt worden sei der Durchschnitt der letzten 5 Jahre. Zugunsten dringender Unterhaltungsaufwendungen bei den Fahrzeugen sei in dieser Haushaltsstelle Zurückhaltung geübt worden. Darüber hinaus seien durch Neuanschaffung von Funkgeräten reparaturanfällige ältere Geräte ausgesondert worden.

5. Zuschussanträge 2007
- siehe anliegende Übersicht/Anlage 2 -

Herr Rüßmann nimmt Bezug auf die Anlage 2 der Einladung und gibt zu den dem Fachbereich I betreffenden Anträgen weitere Erläuterungen. Zu dem Zuschussantrag des Vereines „Der Steg“ bemerkt er, dass der Verein über Eigenmittel verfüge, die es nicht erlauben, einen Zuschuss zu gewähren. Seitens der SPD-Fraktion kündigt Herr Schaper an, die Arbeit der Behindertenbeauftragten finanziell besser unterstützen zu wollen.

6. Einrichtung einer Migrationsberatungsstelle der Arbeiterwohlfahrt Region Hannover e.V. (AWO) in Barsinghausen durch die Region Hannover; Gewährung eines Zuschusses in Höhe von 6.000,00 EUR
- siehe Anlage 3 -

Herr Rüßmann nimmt Bezug auf die Anlage 3 der Einladung und betont, dass es in der Stadt Barsinghausen Bedarf an nachholender Integrationsberatung gebe und gibt hierzu umfassende Ausführungen. Er habe festgestellt, dass die Region Hannover für diese Maßnahme Gelder zur Verfügung stelle, die allerdings eine Gegenfinanzierung von 6.000,00 € pro Kommune erforderlich mache. Einzelheiten zum Umfang der nachholenden Integrationsberatung können den vorliegenden Unterlagen entnommen werden. Er schlage vor, ein entsprechendes Angebot in der Stadt Barsinghausen vorzuhalten und mit der Arbeiterwohlfahrt entsprechende Gespräche zu führen, wobei er deutlich mache, dass Vertragspartner der Arbeiterwohlfahrt nicht die Stadt Barsinghausen sei, sondern die Region Hannover. Auf die Stadt Barsinghausen entfalle der Zuschuss von 6.000,00 €. Die Laufzeit betrage zunächst ein Jahr. Die Region sei auch bereit, die Stadt Barsinghausen in das Programm aufzunehmen und ihrerseits die entsprechenden Mittel zur Verfügung zu stellen. Er weist darauf hin, dass die aufgeführten Leistungen der Migrationserstberatung zu 100% durch die Arbeiterwohlfahrt getragen werden (siehe Punkt 8 der Anlage 2 der Regionsdrucksache). Seitens der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN begrüßt Frau Richter die vorgeschlagenen Maßnahmen. Seitens der CDU-Fraktion begrüßt Herr Matthiesen Migrationsberatung und fragt nach weiteren Fördermitteln. Er verweist auf Richtlinien des Landes Niedersachsen zur kooperativen

Migrationsarbeit und fragt an, ob Derartiges in Zusammenarbeit mit Nachbarkommunen möglich sei. Auf evtl. von anderen Trägern angebotene Migrationsberatung weist er hin.

Herr Rüßmann bemerkt, dass er die aufgeworfenen Fragen und Anregungen mit der Integrationsleitstelle der Region Hannover in den nächsten Tagen klären werde.

Herr Dr. Härdrich begrüßt die Einrichtung der Migrationsberatungsstellen. Er fragt an,

- wie Migranten beraten werden, die keinen Beratungsbedarf sehen bzw. nicht sehen können?
- ob im Konzept der Arbeiterwohlfahrt eine Zusammenarbeit mit Schulen und Kindertageseinrichtungen vorgesehen sei?

Nach Einschätzung von Herrn Rüßmann werde das Bekanntmachen der Einrichtung dazu führen, dass sie von dem angesprochenen Personenkreis in Anspruch genommen werde. Darüber hinaus sei der Personenkreis dem Fachbereich bekannt und er verweist auf die Einrichtung des Pilotprojektes „Integrationslotsen“. Er betont, dass die Erfahrungen der Kommunen Garbsen, Langenhagen und Lehrte positiv seien.

7. Integrationslotsen-Projekt/"Runder Tisch Integration"

- Sachstandsbericht -

Integrationslotsen-Projekt

Herr Rüßmann berichtet, dass dieses Projekt vor ca. 3 Jahren in Osnabrück als Pilotprojekt entstanden sei und erfolgreich laufe. Dabei handele es sich um Personen, die Aussiedler, Asylbewerber auf ehrenamtlicher Basis bei Behördengängen, Schule, Kindergarten etc. unterstützen. Die erforderliche Schulung dieser Personen erfolge in der Regel in Kursen der Volkshochschulen. Die hiesige Volkshochschule sei grundsätzlich bereit, diese Kurse anzubieten. Das Land Niedersachsen stelle dieses Jahr für Integrationslotsen-Projekte aller Voraussicht nach 500.000,00 € zur Verfügung, um ca. 80 Schulungsmaßnahmen durchführen zu können. Idealer Teilnehmerkreis seien ehemalige Aussiedler und Asylbewerber.

Runder Tisch

Herr Rüßmann erklärt, dass es sinnvoll sei, die verschiedenen in Barsinghausen vorhandenen Integrationsmaßnahmen zu erfassen und zu bündeln, um feststellen zu können, ob evtl. an Integrationsmaßnahmen Nachholbedarf bestehe.

Herr Matthiesen regt an, beim Land Niedersachsen einen Orientierungsantrag zu stellen und bietet seine Unterstützung an.

Bezug nehmend auf das Integrationslotsen-Projekt stellt Herr Messing die Frage nach der Bewertung der Geeignetheit der Personen.

Herr Rüßmann antwortet, dass die Kurse von pädagogischen Fachkräften der Volkshochschule begleitet werden, die seiner Ansicht nach in der Lage seien, diese Geeignetheit zu bewerten.

8. Videoüberwachung Bahnhofsvorplatz

- Sachstandsbericht -

Herr Rüßmann verweist zunächst auf die letzte Sitzung des Ausschusses für Angelegenheiten der Feuerwehr und der Gefahrenabwehr in der vorangegangenen Wahlperiode. In einem danach stattgefundenen Gespräch mit der Polizeiinspektion Garbsen stellte sich heraus, dass die Polizei

auch bereit sei, gemeinsam mit der Stadt Barsinghausen eine Überwachung des Bahnhofsvorplatzes vorzunehmen, es aber notwendig sei, begleitende Maßnahmen zu treffen. Zu diesem Zweck sei eine Arbeitsgruppe eingesetzt worden, die ein solches Konzept erarbeiten solle. Die städtische Jugendpflege sei hierin bereits eingebunden. Als weitere begleitende Maßnahme sei das Verschließen des Parkplatzes am Rathaus II und die Belegung des Bahnhofsgebäudes angesprochen worden. Die Deutsche Bahn AG sei zwischenzeitlich auch bereit, sich an Überwachungsmaßnahmen, insbesondere des Bahnhofsbereiches zu beteiligen. Einen konkreten Termin des Beginns der Videoüberwachung könne er noch nicht nennen. Er weist darauf hin, dass aus rechtlichen Gründen lediglich eine Videoüberwachung und keine Videoaufzeichnung möglich sei. Voraussetzung für eine Videoaufzeichnung sei die Einstufung des Bahnhofsvorplatzes als krimineller Brennpunkt, welches zurzeit nicht gegeben sei.
Den Ausführungen von Herrn Rüßmann schließen sich Wortbeiträge an.

9. Zukunft der Feuerwehr-Budgetierung

- Sachstandsbericht -

Herr Peter Jülke verweist auf die den Ausschussmitgliedern zu Beginn der Sitzung vorgelegten Unterlagen (Budgetbuch, Brandschutzplan) hin und äußert sich zur Vorgeschichte der Budgetierung. Er bemerkt, dass die nach der Erprobungsphase vorgesehene Auswertung aus verschiedenen Gründen (Haushalts-Konsolidierungspläne, Gründung des Gebäudewirtschaftsbetriebes, Einführung der Doppik) unterblieben sei. Die Budgetierung sei erfolgreich angelaufen. Geringe Anpassungen seien zwischenzeitlich vorgenommen worden. Nach seiner Einschätzung sei nunmehr auch mit Beginn einer neuen Wahlperiode der Zeitpunkt geeignet, eine Auswertung vorzunehmen. Vorgesehen sei, den seinerzeit mit der Erarbeitung der Budgetierung eingesetzten Arbeitskreis, bestehend aus Freiwilliger Feuerwehr und Verwaltung mit der Auswertung zu betrauen. Eine Auswertung würde auch eine evtl. möglich Ausweitung der Budgetierung berücksichtigen. Ein Abschlussbericht sei so rechtzeitig im Laufe des Jahres vorgesehen, dass evtl. finanzielle Auswirkungen in den Haushalt 2008 einfließen könnten. Über Zwischenergebnisse werde in der nächsten Ausschusssitzung berichtet.

Auf Anfrage von Herrn Roland Zieseniß bezüglich einer Beteiligung der Politik in diesem Arbeitskreis antwortet Herr Peter Jülke, dass es sich insbesondere bei der Erarbeitung des Budgetbuches und der Fortschreibung des Brandschutzplanes bewährt habe, ausgereifte Vorschläge in die politischen Beratungen zu geben.

Der Ausschuss ist mit der Vorgehensweise der Verwaltung einverstanden.

10. Berichte

- a) der Behindertenbeauftragten
- b) des Stadtbrandmeisters

a) der Behindertenbeauftragten

Herr Frerichs stellt die wesentlichen Ereignisse der Arbeit der Behindertenbeauftragten vor, insbesondere

- Veranstaltung 1. Barsinghäuser Forum für behinderte Menschen im Kuba im November 2006
- Durchführung von Bürgersprechstunden
- Vertretung im Landesbehindertenrat
- Wahrnehmung städtische Vertretung Veranstaltung Förderung von Schwerbehinderten

Ausblick:

- Ausgestaltung Jahr 2007 „Chancengleichheit für alle“
- Verstärkung der Zusammenarbeit der einzelnen Behindertenbeauftragten und Beiräten der einzelnen Kommunen
- Wiederholung des Forums für behinderte Menschen.

Er regt abschließend an, für Sitzungen dieses Ausschusses einen Sitzungsraum zu wählen, der ebenerdig begehbar sei.

b) des Stadtbrandmeisters

Herr Engelke regt zunächst an, die Bezeichnung „Feuerwehr“ in der Namensgebung dieses Ausschusses zu berücksichtigen. Er berichtet über:

- Beschaffung und Ausstattung neuer Feuerwehrsutzhleidung
- Ersatzbeschaffung Tanklöschfahrzeug TLF 16 für die Ortsfeuerwehr Großgoltern (Übergabe am 10.03.2007)
- Ausstattung mit neuen (digitalen) Funkmeldeempfängern in 2006/2007
- Ausbildungsmaßnahmen für den Umgang mit Kettensägen
- Fortführung und Ausweitung der Feuerwehrbudgetierung
- Unterbringung der Ortsfeuerwehr Stemmen (Mannschaftsraum und Fahrzeuggarage im neuen Dorfgemeinschaftshaus Stemmen)
- Einsatz in Wennigsen am 14.01.2007 (Brand Bahnhofsgaststätte)
- Neubau Feuerwehrhaus Barsinghausen
Die Feuerwehr hofft auf eine politische Entscheidung vor allem über den Standort noch in diesem Jahr. Er wiederholt seine Bitte, dass in jeder Sitzung ein Sachstandsbericht gegeben wird.

Herr Messing teilt abschließend mit, dass für eine Namensänderung des Ausschusses vorab eine Änderung der Geschäftsordnung des Rates erforderlich sei.

11. Mitteilungen der Verwaltung

Herr Peter Jülke nimmt Bezug auf ein an alle Ratsmitglieder versandtes Schreiben der Initiatoren des Dorfgemeinschaftshauses Stemmen. Die dem Schreiben beigefügte Ausarbeitung der Sichtweise der Ortsfeuerwehr Stemmen werde als sachlich und objektiv bewertet. Evtl. finanzielle Folgen, die sich aus der Beteiligung der Ortsfeuerwehr Stemmen am Dorfgemeinschaftshaus Stemmen ergeben, werden im Ausschuss beraten, aller Voraussicht nach im Sommer/Herbst d.J.. Für den Haushalt 2007 stehen keine Belastungen/Forderungen an.

12. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

Es liegen keine Anfragen und Anregungen vor.

Nichtöffentliche Sitzung:

Herr Messing schließt die Sitzung um 20:25 Uhr.

Messing
Ausschussvorsitz

Rüßmann
Fachbereichsleitung

Edgar Jülke
Protokollführung